

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Teflex: 888846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Hermann Scheer MdB fordert die Bundesregierung und die europäischen Staaten auf, sich vernünftig dem gefährlichen Mechanismus zur Konflikteskalation entgegenzustellen: Reaktionen auf Libyen sind unverhältnismäßig.

Seite 1

Constanze Krehl, Beobachterin im Europäischen Parlament, beschreibt die Grenze zwischen Betroffenen und Zuschauern bei der Vergangenheitsbewältigung: Behutsamkeit und Augenmaß tut not.

Seite 3

Karin Radermacher MdL verurteilt die Strafaktion der Bayerischen Staatsregierung gegen das Staatsinstitut für Frühpädagogik: Das unliebsame wissenschaftliche Institut paßt nicht in das ideologische Konzept der CSU-Regierung.

Seite 4

47. Jahrgang / 75

16. April 1992

### Reaktionen auf Libyen sind unverhältnismäßig

Die Bundesregierung und die Europäischen Staaten sollten sich vernünftig dem gefährlichen Mechanismus zur Konflikteskalation entgegenstellen

Von Dr. Hermann Scheer MdB  
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Der von Libyen angerufene Internationale Gerichtshof kam zwar zu der Auffassung, daß die Umstände des Falls die "vorläufigen Maßnahmen" des UN-Sicherheitsrates nicht rechtfertigen, führte sich aber diesem gegenüber nicht zuständig und wies deshalb die Klage zurück. Aus diesen Vorgängen wird abgeleitet, daß es nun mehr an dem politischen Vorgehen gegenüber Libyen nichts mehr zu kritisieren gebe.

Dieser Auffassung bin ich nicht: Was sich im Zusammenhang mit Libyen abspielt, ist hochproblematisch und kann schwerwiegende negative Folgen für die politischen Beziehungen der arabisch-islamischen Staaten gegenüber dem Westen haben.

Kein Zweifel: es müssen Mittel gefunden werden, daß künftig Terroristen nicht mehr in der dukdenden Obhut eines Staates ungestraft davorkommen. Aber allzu selbstverständlich wird gegenwärtig genommen, daß Libyen die beiden Beschuldigten an die USA oder Großbritannien auszuliefern habe. Allzu selbstverständlich nehmen wir an, daß die westliche Politik die überlegene Rechtsordnung repräsentiere und dies von allen anderen, allen voran den Arabern, auch akzeptiert werden müsse - als hätten andere keine anderen Erfahrungen:

- immerhin kann Libyen darauf verweisen, daß es jahrelang für den 1981 erfolgten Abschuß eines italienischen Verkehrsflugzeugs verantwortlich gemacht wurde - bis sich nach zehn Jahren herausstellte, daß es seine amerikanische Rakete war! Führende italienische Militärs wurden wegen dieser Verdunkelungsaktion erst vor wenigen Wochen suspendiert und unter Anklage gestellt.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtete Umwelt  
mit versäultem Rohstoff  
Recycling-Papier



- Es ist auch durchaus nicht unberechtigt seitens Ghaddafis, einer Überstellung der mutmaßlichen Terroristen nur an ein Gericht eines anderen arabischen Landes statt an die USA oder Großbritannien zuzustimmen. Daß es auch, zumal bei politischen Vorgängen, im Westen keine unbedingte Gewähr für ein rechtsstaatlich einwandfreies Verfahren gibt, zeigen viele Vorgänge, in die westliche Geheimdienste in sogar krimineller Weise verstrickt waren und dabei gedeckt wurden. Besonders im Verhältnis zur arabischen Staatenwelt wird es negative Konsequenzen haben, wenn dieser pauschal die politische Mündigkeit zur gerichtlichen Verfolgung von Terroristen abgesprochen wird. Ein solcher Anspruch hat verheerende psychologische Folgen für das gesamte westliche Verhältnis zu dieser Hemisphäre.

Nun vollzieht sich möglicherweise ein selbstaufgelegter Automatismus zu unverhältnismäßiger weiterer Konflikteskalation. Eine ohnehin schon verbreitete Erfahrung in der gesamten arabischen Staatenwelt gegenüber dem Westen wird gefordert, sich entweder freiwillig unterordnen zu müssen oder dazu gezwungen zu werden.

Durch die Art und Weise, wie die Vereinten Nationen dazu eingespannt werden, verstärkt sich der Eindruck, daß sich der Sicherheitsrat zum Instrument westlicher Außenpolitik machen läßt, weil aus unterschiedlichen Gründen gegenwärtig kaum eine Regierung zu widersprechen wagt. Es ist eine groteske Situation: der UN-Sicherheitsrat verhängt Sanktionen - aber es sind die amerikanische und britische Regierung, die entscheiden, ob etwa das Kompromißangebot Libyen zur Überstellung der mutmaßlichen Terroristen an die Gerichtsbarkeit eines anderen arabischen Landes akzeptiert wird oder nicht. Durch die Verhängung der Sanktionen gegenüber Libyen wollte der UN-Sicherheitsrat offenbar amerikanische Versuchungen zu einem einseitigen militärischen Schlag abfangen. Wenn sich aber die Weltinstitution dem Druck der führenden Weltmacht beugt, damit diese nicht schießt, macht sie sich politisch erpreßbar und verliert sie bei mehr und mehr Staaten ihre Legitimationskraft - in einer Zeit, wo sie mehr Legitimation zur Erfüllung ihrer vielfältigen globalen Aufgaben braucht.

Der Versuch, unter den genannten Umständen über Libyen weltweite Sanktionen zu verhängen, weil es sich wie jeder andere Staat auf sein eigenes Staatsrecht beruft, ist Ausdruck einer sehr einseitigen Vorstellung von Weltordnung, die so nur zur Beschädigung der dafür notwendigen Institutionen führen kann - und damit zu wachsender Weltunordnung.

Die Folgen einer solchen Politik gegenüber der islamischen Staatenwelt haben besonders die Europäer zu tragen. Schon deshalb ist es nicht mit anzusehen, wie sich die EG-Staaten ohne Not zum politischen Appendix einer amerikanischen Politik machen lassen, die bekanntlich vor allem dann die machtvolle Faust schwingt, wenn Wahlkampfzeit ist.

Nach meiner Auffassung sollten die EG-Staaten die von den USA betriebene Konflikteskalation mit Libyen nicht mitmachen. Statt einer Blockade sollten sie darauf drängen, die angebotene Überstellung der beiden mutmaßlichen Terroristen an die Gerichtsbarkeit eines anderen arabischen Staates und unter UN-Beobachtung zu akzeptieren - vielleicht an Ägypten, dessen Staatsbürger immerhin der UN-Generalsekretär ist.

Außerdem sollten sie die amerikanische Regierung auffordern, endlich ihre überfälligen UN-Beiträge zu zahlen - es ist blanker Machtzynismus, die UN zum Mittel amerikanischer Machtdemonstration zu machen und gleichzeitig derselben UN die eigenen Beitragszahlungen zu verweigern.

(-/16. April 1992/jr/ks)

\*\*\*\*\*

### Behutsamkeit und Augenmaß

Zur Grenze zwischen Betroffenen und Zuschauern bei der Vergangenheitsbewältigung

Von Constanze Krehl (Leipzig)  
Beobachterin im Europäischen Parlament (SPD)

Nun sind wir wieder in zwei Kategorien geteilt, obwohl wir schon unzählige Schritte zur Einheit gegangen sind. Doch auf diesem Feld bleibt die Grenze zwischen Thüringen und Bayern, zwischen Niedersachsen und Mecklenburg; trennt man sich in Betroffene und Zuschauer. Die zwei Millionen Stasi-Westdossiers - wohl ohnehin nur von geringem Interesse, da die West-Täterakten der HVA (Hauptverwaltung Aufklärung) vernichtet sind - und einige spektakuläre Agentenfälle können darüber nicht hinwegtäuschen:

Bewältigt werden muß im Osten; der Westen darf, dies journalistisch pikant in Szene gesetzt, zuschauen. Hier hinkt auch der vielzitierte Vergleich mit 1945. Damals war ein ganzes Volk gleichermaßen betroffen, verstrickt und vor einem Neuanfang. Heute sind es nur die 16 Millionen der ehemaligen DDR und die vormals grundgesetzgeschützten Bürger können es, gänsehautüberflutet, immer noch nicht glauben. Sie haben es ja schon immer geahnt, daß es "da drüben" in der DDR nicht mit rechten (allerdings auch nicht mit linken) Dingen zugeht. Daß ihr Kanzler in Bonn einen Verbrecher mit Staatsoberhauptzeremoniell empfangen hat, das wollte, konnte und sollte wohl auch niemand glauben.

Mit Verbrechern, war es nur der eine oder waren es Hunderttausende, müssen die da drüben nun selbst schon fertig werden. Wir waschen unsere Hände im Fonds Deutsche Einheit.

Aber wie werden "die da drüben", wir hier hüben damit fertig? Eigentlich nicht. Der Rechtsstaat hat nicht die Instrumentarien für diese Aufgabe. Das eine Volk ist zerteilt in Arbeitslose und Beschäftigte, Rote und Schwarze, ehemalige Mitläufer und ehemalige Nutznießer. Und nur ein Mechanismus funktioniert: Jeder ist anklagbar - mit oder ohne Beweis. Die Anklage kann vielfältig, differenziert oder auch nur verleumderisch sein, das Urteil ist immer pauschal. Tödlich auf dem level IM, toleranter, ja eigentlich auch gar nicht definiert und vorgegeben, bei höheren Chargen.

Und betrachten wir uns doch selbst. Wir hatten hier zu leben, hier Kinder zu erziehen, hier unser persönliches Glück zu suchen. Deshalb haben wir auch einem "Kollektiv der sozialistischen Arbeit" angehört, deshalb liefen unsere Kinder beim "Manöver Schneeflocke" im Gleichschritt über den Schulhof und deshalb sind auch die meisten von uns keine Märtyrer geworden. Die, die widerstanden, bewundere ich sehr. Wie hätten sich denn in gleicher Situation unsere Nachbarn in Bayern und Niedersachsen verhalten?

Wir sind in einer verzwickten Situation; wir wollen Täter bestrafen und Opfer rehabilitieren. Für beides fehlt uns weitgehend die Handhabe. Wir wollen nicht ein Reservoir sein, das leere Zeitungsspalten mit Gruselgeschichten füllt. Gerade diese scheinen wir aber zu werden. Und wir wollen auch nicht unsere technische, wissenschaftliche und kulturelle Intelligenz, unsere Meister und Facharbeiter verlieren, nur weil sich auch dort Opportunismus und Anpassung breitgemacht hatten, denn wir wollen unsere fünf Länder entwickeln. Das geht nicht nur mit Fonds und Förderprogrammen. Dazu sind unsere eigenen Kräfte nötig. Deshalb bleibt für uns Deutsche, gespalten wie wir in dieser Frage nun einmal sind, nur folgende Konsequenz: Behutsamkeit beim Bewältigen und Augenmaß beim Zuschauen.

(-/16. April 1992/jr/ks)

\*\*\*\*\*

**Strafaktion der Bayerischen Staatsregierung gegen unliebsames  
wissenschaftliches Institut**  
**Staatsinstitut für Frühpädagogik paßt nicht in das ideologische Konzept der CSU-  
Regierung**

Von **Karin Radermacher MdL**

Unter dem Vorwand landesplanerisch begründeter Regionalisierung von Behörden zerschlägt die Staatsregierung ein international angesehenes wissenschaftliches Institut, weil es nicht in das ideologische Konzept der CSU-Regierung paßt.

In Wirklichkeit, verbirgt sich hinter diesem Auflösungsbeschuß offensichtlich eine Strafaktion gegen eine Einrichtung, die es in der Vergangenheit immer wieder gewagt hat, wissenschaftlich fundierte Ergebnisse zu erarbeiten, die der CSU-Ideologie zuwiderlaufen. Damit ist zugleich eine Warnung an Wissenschaftler in Regierungskreisen ausgesprochen: Was in Bayern wissenschaftlich richtig ist, bestimmt die Staatsregierung und nicht die fachlich abgesicherte Erkenntnis von Wissenschaftlern.

In der Sache fügt der Beschluß der Staatsregierung der frühkindlichen Erziehung und der Bewältigung der pädagogischen Probleme der Kinder, die sich aus dem gesellschaftlichen Umfeld ergeben, großen Schaden zu. Die einschlägige Fachwelt wird künftig auf die Erkenntnisse und Hilfen in diesem für unsere Zukunft so wichtigen Bereich verzichten müssen - auf Erkenntnisse und Hilfen, die bei Fachleuten der Praxis wie Wissenschaftlern hier im Lande wie auch international durchwegs Anerkennung gefunden haben.

Die im Beschluß der Staatsregierung vorgesehene Aufteilung der Wissenschaftler des Instituts auf verschiedene Einrichtungen kann die Arbeit des Staatsinstituts in keiner Weise ersetzen. Zu ihrem Erfolg gehört gerade die einmalige Zusammenarbeit und das wissenschaftliche Gespräch in einer einheitlichen Einrichtung. Die Sorge um unsere Kinder ist vielen konservativen Politikern durchaus blumige Reden wert. Wird aber die Situation der Kinder in einer immer kinderfeindlicher werdenden Gesellschaft untersucht und werden Möglichkeiten zu deren Bewältigung erforscht, so wird dies anscheinend als eher störend empfunden. Dieses Staatsinstitut ist in seiner Art in der Bundesrepublik einmalig. Mit dem Aus durch die Staatsregierung - mit Behördenverlagerung hat dies wirklich nichts zu tun - wird dem wissenschaftlichen Ansehen Bayerns Schaden zugefügt.

(-/16. April 1992/jr/ks)

\*\*\*\*\*